

An alle  
Bundesschulen  
in Kärnten

BD Kärnten - Präs. 2b / Schulrecht und sonstige  
Rechtsangelegenheiten – Bund

**MMag. Siegfried Torta**  
Abteilungsleiter

[siegfried.torta@bildung-ktn.gv.at](mailto:siegfried.torta@bildung-ktn.gv.at)  
+43(0)50534 - 12000  
10. Oktober Straße 24, 9020 Klagenfurt a.W.

Antwortschreiben bitte unter Anführung der  
Geschäftszahl.

Ihr Zeichen: 2022-0.599.127 (BMBWF/Haushalt-  
Steuerung)

Geschäftszahl: A/2259-Allg-B/2022

## **Erlass: Ermächtigung zum Abschluss von Verträgen im Bereich der Bildungsdirektionen (Bundesvollziehung) sowie im Bundesschulbereich)**

### **Rundschreiben Nr. 2/2023**

Verteiler: 13  
Sachgebiet: Verwaltungsorganisation; Budget- und Rechnungswesen Inhalt:  
Dezentralisierung von Aufgaben der Schulverwaltung in Angelegen-  
heiten der Bundesvollziehung durch Übertragung von Vertrags-  
abschlusskompetenzen an nachgeordnete Dienststellen  
Geltung: unbefristet

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat mit Erlass vom  
27.09.2022, GZ 2022-0.599.127, die Bildungsdirektionen als Schulbehörde erster Instanz zum  
Abschluss bestimmter Verträge im eigenen Wirkungsbereich ermächtigt.

Von der Bildungsdirektion für Kärnten wird mit diesem Rundschreiben festgelegt, für welche  
Verträge die Abschlusskompetenz den SchulleiterInnen übertragen wird bzw. welche  
Verträge der Bildungsdirektion für Kärnten zur Genehmigung vorzulegen sind.

a) Verträge, die von den Schulleiterinnen im eigenen Wirkungsbereich abgeschlossen werden können:

- Werkverträge über Leistungen des IT-System und IT-Sicherheitsmanagements (Erlass BMBWF vom 27.9.2022, GZ 2022-0.643.184). Dieser Erlass liegt als Anlage bei.
- Freie Dienstverträge in Belangen der technischen Leistung der Hardware-, Netzwerk- und Systembetreuung
- Freie Dienstverträge in Belangen der Versuchsanstalten
- Kaufverträge (Beschaffungen)
- Pachtverträge für die Verpachtung von Buffetbetrieben
- Verträge in Angelegenheiten der Schulraumüberlassung im Sinne des § 128 a Schulorganisationsgesetz
- Verträge in Angelegenheiten sonstiger Drittmittel im Sinne des § 128 b Schulorganisationsgesetz

Der Vollständigkeit halber wird diesem Rundschreiben auch der Erlass des BMBWF vom 3.10.2022, GZ 2022-0.643.184, betreffend die rechtskonforme Vertragsgestaltung für Leistungen des IT-System- und IT-Sicherheitsmanagements an Bundesschulen, zur Beachtung angeschlossen.

In diesem Zusammenhang wird der Auszug aus den Durchführungsbestimmungen zum Bundesfinanzgesetz, welcher die Abgrenzung zwischen Werkvertrag und freien Dienstvertrag dokumentiert, zur Beachtung übermittelt.

b) Alle anderen Verträge sind der Bildungsdirektion für Kärnten zur Genehmigung vorzulegen.

c) Der Abschluss von Leasingverträgen ist unzulässig.

d) Dieses Rundschreiben tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

#### Beilagen

Klagenfurt am Wörthersee, 02.01.2023  
Für die Bildungsdirektorin  
MMag. Siegfried Torta

F.d.R.d.A.:  
Lach

A/2261-Allg - B/2022

HAAB → LAC  
→ SCHMOL

 **Bundesministerium**  
Bildung, Wissenschaft  
und Forschung

[bmbwf.gv.at](http://bmbwf.gv.at)

**Ergeht an:**

Alle Bildungsdirektionen

BM BWF - Präs/2 (Koordination  
Budgetangelegenheiten Bildung (UG 30))

**MinR Franz Friedrich**  
Leiter Präs/2

[franz.friedrich@bmbwf.gv.at](mailto:franz.friedrich@bmbwf.gv.at)  
+43 1 531 20-4611  
Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Antwortschreiben bitte unter Anführung der Geschäfts-  
zähl.

Geschäftszahl: 2022-0.643.184

**Erlass**

<b>Titel:</b>	Vertragsmuster für Leistungen des IT-System- und IT-Sicherheitsmanagements an Bundesschulen
<b>Sachgebiet:</b>	Verwaltungsorganisation; Vergabe-, zivil/Vertrags- und sozialversicherungsrechtliche Angelegenheiten
<b>Verteilerkreis:</b>	Bildungsdirektionen; Zentrallehranstalten; Pädagogische Hochschulen des Bundes
<b>Geltung:</b>	Unbefristet
<b>Rechtsgrundlage:</b>	
<b>Kernaussagen/Ziele:</b>	Sicherstellung einer rechtskonformen Vertragsgestaltung
<b>Ort und Zeitpunkt der Veröffentlichung:</b>	Wien, 03.10.2022
<b>Veröffentlichende Stelle:</b>	BM BWF

Für Bundesschulen ist die IT-Systembetreuung grundsätzlich seitens der Bildungsdirektionen als Schulbehörden erster Instanz sicherzustellen.

Mit dem vorliegenden Erlass stellt das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung ein aktualisiertes Muster für den allenfalls erforderlichen Abschluss von Werkverträgen (Dienstleistungsverträgen) in Belangen des IT-System- und IT-Sicherheitsmanagements an Bundesschulen zur Verfügung.

Das Vertragsmuster kann darüber hinaus zum allenfalls erforderlichen Abschluss von Werkverträgen (Dienstleistungsverträgen) in Belangen des IT-System- und IT-Sicherheitsmanagements an Pädagogischen Hochschulen des Bundes herangezogen werden.

## **1. Anwendungsbereich**

- 1.1 Das Vertragsmuster stellt eine Empfehlung dar. Es wurde ausschließlich für Leistungen in Belangen des IT-Systems- und IT-Sicherheitsmanagements entwickelt, welche im Sinne der BMBF-GZ 16.700/0008-II/2e/2014 vom 27. August 2014 im Rahmen von Werkverträgen (Dienstleistungsverträgen) bezogen werden sollen.

Die mit BMBF-GZ 16.700/0008-II/2e/2014 für die IT-Betreuung sowie die Abgeltung von Leistungen im IT-System- und Sicherheitsmanagement getroffenen Regelungen bleiben von diesem Erlass sowie von diesem Vertragsmuster ausdrücklich unberührt.

- 1.2 Das Vertragsmuster soll den Abschluss künftig bzw. neu abzuschließender Werkverträge in Belangen des IT-Systems- und IT-Sicherheitsmanagements unterstützen. Die Kündigung bestehender Verträge und deren Neuerrichtung aus Anlass des vorliegenden Erlasses sind nicht erforderlich.

## **2. Zum Vertragsabschluss**

- 2.1 Hinsichtlich der geltenden Ermächtigung sowie der näheren Voraussetzungen zum Abschluss von Verträgen im Bereich der Bundesschulen sowie der Pädagogischen Hochschulen des Bundes wird auf den BMBWF-Erlass GZ 2022-0.599.127 in der geltenden Fassung verwiesen.
- 2.2 Bei der Vergabe der Leistungen in Belangen des IT-System- und IT-Sicherheitsmanagements an Bundesschulen bzw. an Pädagogischen Hochschulen des Bundes sind die geltenden haushalts-, vergabe- und beschaffungsrechtlichen Vorschriften und – sofern Leistungen an Bundesbedienstete beauftragt werden – die einschlägigen dienst-, steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften einzuhalten. Insbesondere ist vor Vergabe der Leistungen zu klären, ob die benötigten Dienstleistungen nicht über aufrechte, von der Bundesbeschaffung GmbH (BBG) abgeschlossene Verträge zu beziehen sind.
- 2.3 Die Vergabe der Leistungen hat ausschließlich an befugte, leistungsfähige und zuverlässige Auftragnehmerinnen oder Auftragnehmer zu erfolgen. Im Zweifelsfall ist von Auftragnehmerinnen oder Auftragnehmern der Nachweis über das Vorliegen ihrer bzw. seiner Befugnis zu fordern.

- 2.4 Weitere Informationen zur Einhaltung der vergabe- und beschaffungsrechtlichen Vorschriften stehen im Wege des Erlasses des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung betreffend die Durchführungsbestimmungen zum jährlichen Bundesfinanzgesetz zur Verfügung.

### **3. Zum beigefügten Vertragsmuster**

- 3.1 Für den Eintrag der von den Vertragsparteien zu ergänzenden Daten (bzw. zum Ankreuzen der bei den Punkten 2.1 und 5.2 zutreffenden Fälle) sind jeweils die im Vertragsmuster grau einmarkierten Felder vorgesehen.
- 3.2 Die Festlegung des Vertragsgegenstandes (Abschnitt 2 des Vertragsmusters) hat sich grundsätzlich auf die beim Abschnitt A.III des Erlasses BMBF-GZ 16.700/0008-II/2e/2014 angeführten Leistungen in Belangen des IT-Systems- und IT-Sicherheitsmanagements zu beschränken.
- 3.3 Ausgangspunkt sowie Grundlage der im Vertragsmuster enthaltenen Bestimmungen sind der schon zitierte Erlass BMBF-GZ 16.700/0008-II/2e/2014 sowie die diesem Erlass ebenfalls beigefügten „Allgemeinen Vertragsbedingungen des Bundes für IT-Leistungen Hardware (AVB-IT/HW)“, Version 2020. Sie sollen einen integrierenden Vertragsbestandteil bilden und wären daher den auf Basis des Vertragsmusters errichteten Verträgen beizufügen.

Im Interesse der Kohärenz der im Vertragsmuster getroffenen Regelungen wird empfohlen, etwaige von den „Allgemeinen Vertragsbedingungen des Bundes für IT-Leistungen Hardware (AVB-IT/HW)“, Version 2020 abweichende bzw. ergänzende schul- bzw. standortspezifische Vereinbarungen ausschließlich bei den Punkten 2.2, 2.3, 2.9 und 8 des Vertragsmusters zu treffen.

- 3.4 Im Vertragsmuster ist die datenschutzrechtliche Rechtslage berücksichtigt. In den allgemein gehaltenen Punkten 2.10, 2.11 und 2.12 des Vertragsmusters wird auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verwiesen.

Sofern Auftragnehmerinnen oder Auftragnehmer im Zuge der an sie beauftragten Leistungen personenbezogene (Schüler/innen-)Daten als Dienstleister verarbeiten, sollte mit der Auftragnehmerin bzw. mit dem Auftragnehmer in Ergänzung zum Vertrag eine sogenannte Auftragsverarbeiter-Vereinbarung geschlossen werden. Weitere Hinweise dazu stehen auf der Website des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Verfügung.



- 3.5 Sofern Auftragnehmerinnen oder Auftragnehmern für die Erbringung der an sie beauftragten Leistungen Benutzerkennungen und Passwörter für IT-Systeme der Schule zur Verfügung gestellt werden sollen, ist mit der Auftragnehmerin oder dem Auftragnehmer zusätzlich die Einhaltung der einschlägigen Sicherheitsbestimmungen für Schulen zu vereinbaren.

#### 4. Hinweis zum Außerkrafttreten von Bestimmungen


Der vorliegende Erlass ersetzt das seinerzeitige Rundschreiben Nr. 17/2018 des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, GZ 14.300/0003-Präs/A/2018 vom 30. Mai 2018, welches außer Kraft tritt.

Wien, 24. September 2022

Für den Bundesminister:

Mag. Martin Netzer, MBA

Elektronisch gefertigt

	Unterzeichner	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung
	Datum/Zeit	2022-10-03T09:10:21+02:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	285175223
	Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: <a href="http://www.signaturpruefung.gv.at">http://www.signaturpruefung.gv.at</a> . Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: <a href="http://www.bmbwf.gv.at/verifizierung">http://www.bmbwf.gv.at/verifizierung</a> .

BMBWF - Präs/2 (Koordination  
Budgetangelegenheiten Bildung (UG 30))

**MinR Franz Friedrich**  
Leiter Präs/2

[franz.friedrich@bmbwf.gv.at](mailto:franz.friedrich@bmbwf.gv.at)  
+43 1 531 20-4611  
Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Antwortschreiben bitte unter Anführung der  
Geschäftszahl.

**Ergeht an:**

Alle Bildungsdirektionen

Geschäftszahl: 2022-0.599.127

**Erlass**

**Titel:**

Ermächtigung zum Abschluss von Verträgen im Bereich  
der Bildungsdirektionen (Bundesvollziehung) sowie im  
Bundesschulbereich

**Sachgebiet:**

Verwaltungsorganisation; Vergabe-, zivil/Vertrags- und  
sozialversicherungsrechtliche Angelegenheiten; Budget- und  
Rechnungswesen

**Verteilerkreis:**

Bildungsdirektionen; Zentrallehranstalten; Pädagogische  
Hochschulen des Bundes□

**Geltung:**

Unbefristet

**Rechtsgrundlage:**

Bildungsdirektionen-Einrichtungsgesetz;  
Schulorganisationsgesetz; Hochschulgesetz 2005;  
Bundessportakademiegesetz; Bundeshaushaltsgesetz  
2013

**Kernaussagen/Ziele:**

Dezentralisierung von Aufgaben der Schulverwaltung in  
Angelegenheiten der Bundesvollziehung durch Übertragung  
von Vertragsabschlusskompetenzen an nachgeordnete  
Dienststellen

**Ort und Zeitpunkt der  
Veröffentlichung:**

Wien, Kalender oder manuelle Eingabe TT.MM.JJJJ

**Veröffentlichende Stelle:**

BMBWF

Mit diesem Erlass werden im Sinne der vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung verfolgten weitest gehenden Dezentralisierung von Aufgaben der Schulverwaltung die Bildungsdirektionen in Angelegenheiten der Bundesvollziehung, die Bildungsdirektionen als Schulbehörden erster Instanz, die Leiterinnen und Leiter der

Zentrallehranstalten sowie die Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen des Bundes jeweils für ihren Wirkungsbereich zum Abschluss bestimmter privatrechtlicher Verträge ermächtigt:

## **1. Umfang der Abschlusskompetenz**

Die Bildungsdirektionen in Angelegenheiten der Bundesvollziehung, die Bildungsdirektionen als Schulbehörden erster Instanz, die Leiterinnen und Leiter der Zentrallehranstalten sowie die Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen des Bundes werden jeweils für ihren Wirkungsbereich zum Abschluss von

- a. Kaufverträgen,
- b. Mietverträgen,
- c. Pachtverträgen,
- d. Werkverträgen,
- e. freien Dienstverträgen in Belangen der technischen Leistung der Hardware-, Netzwerk- und Systembetreuung an Bundesschulen bzw. Pädagogischen Hochschulen des Bundes,
- f. freien Dienstverträgen in Belangen der Versuchsanstalten an Bundesschulen,
- g. sonstigen freien Dienstverträgen, sowie von
- h. Verträgen betreffend Personalbereitstellungen (Arbeitskräfteüberlassungen)

unter den bei den nachfolgenden Punkten 1.1, 1.2 und 1.3 dieses Erlasses angeführten, kumulativ vorliegenden Voraussetzungen ermächtigt.

### **1.1 Gesicherte budgetäre Bedeckung**

Die Ermächtigung zum Abschluss der genannten Verträge wird unter der Voraussetzung erteilt, dass die dem Bund daraus entstehenden finanziellen Verpflichtungen im Rahmen der im jeweiligen Finanzjahr zur Verfügung stehenden budgetären Mittel (Budgetrahmen, Auszahlungshöchstbeträge) bedeckt werden können und keine zusätzlichen budgetären Forderungen bzw. Mittelverwendungsüberschreitungen (außer- oder überplanmäßige Mittelverwendungen) auslösen.

### **1.2 Einhaltung der haushalts-, vergabe- und beschaffungsrechtlichen Vorschriften**

Die Ermächtigung zum Abschluss der genannten Verträge wird unter der Voraussetzung erteilt, dass sowohl bei der Errichtung, als auch bei der Erfüllung der Verträge den



geltenden haushaltsrechtlichen Bestimmungen, darunter insbesondere den im § 2 Abs. 1 BHG 2013 bezeichneten Zielen und Grundsätzen der Haushaltsführung entsprochen wird und die vergabe- und beschaffungsrechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Zu letzteren Vorschriften zählen das Bundesvergabegesetz 2018, BGBl. I Nr. 65/2018 samt den dazu ergangenen Verordnungen, sowie das Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesbeschaffung GmbH, BGBl. I Nr. 39/2001 samt den dazu ergangenen Verordnungen, jeweils in der geltenden Fassung.

Die für den Bund geltenden haushalts-, vergabe- und beschaffungsrechtlichen Vorschriften sind im Internet über das Rechtsinformationssystem des Bundes ([www.ris.bka.gv.at](http://www.ris.bka.gv.at)) sowie über die Website der Bundesbeschaffung GmbH ([www.bbg.gv.at](http://www.bbg.gv.at)) zugänglich.

### **1.3 Kündbarkeit**

Sofern es sich bei den genannten Verträgen um Dauerschuldverhältnisse (Verträge, welche auf periodisch wiederkehrende Leistungen abstellen) handelt, wird die Ermächtigung zu ihrem Abschluss unter der Voraussetzung erteilt, dass die Verträge im Falle allgemeiner budgetärer Restriktionen fristgerecht gekündigt werden können. Im Hinblick darauf wird empfohlen, grundsätzlich die jährliche Kündbarkeit (vorzugsweise zum Ende eines Kalenderjahres) zu vereinbaren.

## **2. Von der Abschlusskompetenz nicht erfasste Verträge**

Die Aufzählung beim Punkt 1 dieses Erlasses ist erschöpfend. Andere als die dort angeführten Vertragstypen (z.B. Förderungsverträge: vgl. § 30 Abs. 5 BHG 2013 i.V.m. § 2 ARR 2014) sind von der mit diesem Erlass eingeräumten Abschlusskompetenz nicht erfasst und bedürfen jedenfalls der vorherigen Genehmigung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Von der mit diesem Erlass erteilten Abschlusskompetenz nicht erfasst sind jedoch auch Kauf-, Miet-, Pacht- und Werkverträge, freie Dienstverträge, sowie Verträge betreffend Personalbereitstellungen (Arbeitskräfteüberlassungen), auf welche Tatbestände der nachfolgenden Punkte 2.1, 2.2 und 2.3 dieses Erlasses zutreffen.

### **2.1 Verträge, welche die Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesministerin für Finanzen oder dem Bundesminister für Finanzen erfordern**

Verträge, welche die Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesministerin für Finanzen oder dem Bundesminister für Finanzen bedingen, erfordern vor

Vertragsabschluss in jedem Fall die Befassung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Dabei handelt es sich um Verträge, welche die Durchführung eines Vorhabens von außerordentlicher finanzieller Bedeutung zum Inhalt haben sowie um Verträge, welche die Durchführung eines nur das jeweilige Finanzjahr oder künftige Finanzjahre belastenden Vorhabens betreffen, die damit verbundenen Auszahlungen aber bestimmte Betragsgrenzen überschreiten.

Die maßgeblichen Betragsgrenzen sowie Festlegungen, welche Vorhaben als Vorhaben von außerordentlicher finanzieller Bedeutung gelten, sind dem Erlass des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung betreffend die Durchführungsbestimmungen zum jährlichen Bundesfinanzgesetz zu entnehmen.

## **2.2 Verträge, mit welchen Finanzschulden oder Haftungen des Bundes begründet werden**

Finanzschulden (§ 78 BHG 2013) dürfen nur von der Bundesministerin für Finanzen oder dem Bundesminister für Finanzen eingegangen werden.

Vor diesem Hintergrund sind Verträge, welche ein Finanzierungsleasing beinhalten sowie sale-and-lease-back-Geschäfte von der mit diesem Erlass eingeräumten Kompetenz zum Abschluss von Verträgen nicht erfasst. Der Abschluss jeglicher Leasingverträge erfordert vielmehr die vorherige Befassung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Gemäß § 82 Abs. 1 BHG 2013 darf nur die Bundesministerin für Finanzen oder der Bundesminister für Finanzen eine Haftung (Bürgschaft nach den §§ 1346 und 1348 bis 1367 ABGB oder eine Garantie) des Bundes übernehmen.

## **2.3 Verträge, die mit Verfügungen über Bestandteile des Bundesvermögens einhergehen**

Auf die mit dem einschlägigen Erlass des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung getroffenen Regelungen in Belangen der Verfügungen über Bundesvermögen sowie Regelungen betreffend die Verwaltung und das Ausscheiden von Bundesvermögen wird verwiesen.

## **2.4 Dienstverträge**

Von der gegenständlichen Ermächtigung zum Abschluss von Verträgen ausdrücklich nicht erfasst sind Dienstverträge gemäß § 4 VBG 1948.

Sofern und soweit hiezu nicht gesondert ausdrückliche Ermächtigungen erteilt sind – etwa mit der Dienstrechtsverfahrens- und Personalstellenverordnung – BMUKK 2007, BGBl. II Nr. 374/2007 – ist der Abschluss von Dienstverträgen ausschließlich dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung vorbehalten.

### **3. Hinweise zu den eingeräumten Abschlusskompetenzen**

#### **3.1 Abgrenzung freier Dienstvertrag – Werkvertrag**

Auf die aus dem jährlichen Erlass des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung betreffend die Durchführungsbestimmungen zum jährlichen Bundesfinanzgesetz ersichtliche Abgrenzung von Werkverträgen von freien Dienstverträgen wird besonders hingewiesen. Ob tatsächlich ein Werkvertrag abgeschlossen wird oder nicht bereits ein freier Dienstvertrag, ist demnach nach inhaltlichen Kriterien zu beurteilen, nicht bloß nach der Bezeichnung des Vertrages als „Werkvertrag“ oder „Freier Dienstvertrag“.

Wesentliche Unterscheidungsmerkmale sind:

- Beim freien Dienstvertrag handelt es sich um einen beschäftigungsorientierten Vertrag. Die Leistung wird laufend und in engem Zusammenwirken mit dem Auftraggeber und in der Regel mit vom Auftraggeber bereitgestellten Mitteln erbracht.
- Beim Werkvertrag handelt es sich um einen leistungsorientierten Vertrag. Er zielt auf eine Leistung (das „Werk“) ab, welche von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer selbstständig und wirtschaftlich unabhängig nach eigenem Plan und mit eigenen Mitteln bewerkstelligt wird.

Sofern bereits unter diesen Gesichtspunkten Zweifel am Charakter eines Vertrages als Werkvertrag bestehen, wird empfohlen, sich vor einem Vertragsabschluss mit der zuständigen Schulbehörde erster Instanz bzw. mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung ins Einvernehmen zu setzen.

#### **3.2 Abgrenzung Vertrag betreffend Personalbereitstellungen (Arbeitskräfteüberlassungen) – Werkvertrag**

Auf die Kriterien des § 4 Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, BGBl. Nr. 196/1988 in der geltenden Fassung, wird besonders hingewiesen.

### **3.3 Abgeltung von Nebentätigkeiten**

Erbringen Bundesbedienstete (Beamtinnen und Beamte oder Vertragsbedienstete) ohne unmittelbaren Zusammenhang mit ihren dienstlichen Aufgaben eine weitere Tätigkeit für den Bund, handelt es sich um eine Nebentätigkeit im Sinne des § 37 BDG 1979. Sofern und soweit eine solche Nebentätigkeit nicht an Stelle der der Bediensteten bzw. dem Bediensteten obliegenden dienstlichen Aufgaben ausgeübt wird, kommt eine Vergütung aufgrund einer privatrechtlichen Vereinbarung in Betracht (§ 25 Abs. 1 GehG).

Die einschlägigen steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften (§ 25 Abs. 1 Z 4 lit. c EStG 1988, § 19 Abs. 1 Z. 1 lit. f B-KUVG bzw. § 4 Abs. 2 Z. 2 ASVG) bestimmen, dass bei Auszahlung einer solchen Vergütung die Lohnsteuer bzw. Sozialversicherungsbeiträge einbehalten werden. Im Hinblick darauf sind solche Nebentätigkeitsvergütungen ausnahmslos über die Besoldung (Applikation PM-SAP, Lohnart 4969) auszubezahlen.

## **4. Delegation der Abschlusskompetenz**

Die Bildungsdirektionen als Schulbehörden erster Instanz sind ermächtigt, die ihnen laut den Punkten 1 a. bis einschließlich 1 f. dieses Erlasses eingeräumte Kompetenz zum Abschluss von Verträgen samt Wahrnehmung der daraus resultierenden Rechte und Pflichten unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips den Leiterinnen und Leitern der Bundesschulen, der Bundesschülerheime sowie der Bundessportakademien zu übertragen.

Die Übertragung der Abschlusskompetenz für die bei den Punkten 1 g. und 1 h. dieses Erlasses bezeichneten Verträge an die Leiterinnen und Leiter der Bundesschulen, der Bundesschülerheime sowie der Bundessportakademien ist dagegen unzulässig: Die Beurteilung der Notwendigkeit, die Gestaltung sowie der Abschluss solcher Verträge sind mit Blick auf etwaige arbeitsrechtliche Implikationen für den Bereich der ihnen unterstellten Dienststellen jedenfalls von den Bildungsdirektionen wahrzunehmen.

Die mit diesem Erlass eingeräumten Kompetenzen zum Abschluss von Verträgen bzw. ihre Delegation an Schul-, Heim- bzw. Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter hindert nicht, sich in Einzelfällen oder fallgruppenbezogen vor einem Vertragsabschluss mit den zuständigen Geschäftsabteilungen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung ins Einvernehmen zu setzen.

## **5. Sonstige Vertragsabschlusskompetenzen**

### **5.1 Versicherungsverträge**

Die Ermächtigung zum etwaigen Abschluss von Versicherungsverträgen folgt den mit dem einschlägigen Erlass des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Belangen der Verfügungen über Bundesvermögen getroffenen Regelungen. Dabei sind die Bestimmungen der Verordnung der Bundesministerin für Finanzen über den Abschluss von Versicherungsverträgen durch die Bundesverwaltung gemäß § 70 Abs. 5 BHG 2013, BGBl. II Nr. 26/2013 in der geltenden Fassung, einzuhalten.

### **5.2 Schulraumüberlassung und sonstige Drittmittel**

Die Bestimmungen der §§ 128a und 128b SchOG, des § 10a Bundessportakademiegesetz, sowie der §§ 75, 76 und 77 Hochschulgesetz 2005 bleiben von den Regelungen dieses Erlasses unberührt.

In diesem Zusammenhang wird auf die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung für die zweckgebundene Gebarung im Bundesschulbereich, die Unzulässigkeit von parteipolitischer Werbung an Schulen sowie die in Belangen der kommerziellen Werbung an Schulen bzw. des Verbots aggressiver Geschäftspraktiken einschlägig getroffenen Regelungen hingewiesen.

### **5.3 Verträge im Rahmen der Teilrechtsfähigkeit bzw. eigenen Rechtspersönlichkeit**

Die Bestimmungen dieses Erlasses finden in Belangen der Teilrechtsfähigkeit der Bundesschulen, Bundesschülerheime und Bundessportakademien sowie in Belangen der eigenen Rechtspersönlichkeit der Pädagogischen Hochschulen des Bundes keine Anwendung: gemäß den §§ 128c Abs. 7 und 128d Abs. 6 SchOG bzw. § 10b Abs. 7 Bundessportakademiegesetz bzw. § 3 Abs. 6 Hochschulgesetz 2005 trifft den Bund für Verbindlichkeiten, welche im Rahmen der Teilrechtsfähigkeit bzw. der eigenen Rechtspersönlichkeit entstehen, keine Haftung.

## **6. Zusammenfassende Darstellung**

Eine konzise Übersicht über die mit dem gegenständlichen Erlass festgelegten Kompetenzen zum Abschluss von Verträgen bietet die Beilage zu diesem Erlass.

## **7. Hinweis zum Außerkrafttreten von Bestimmungen**

Der vorliegende Erlass ersetzt das seinerzeitige Rundschreiben Nr. 27/2018 des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, GZ 39.790/0079-Präs/2/2018 vom 26. November 2018, welches außer Kraft tritt.

#### Verzeichnis der Abkürzungen:

ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch
Abs.	Absatz
ARR	Allgemeine Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
BD-EG	Bildungsdirektionen-Einrichtungsgesetz
BDG	Beamten-Dienstrechtsgesetz
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BHG	Bundeshaushaltsgesetz
B-KUVG	Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz
EStG	Einkommenssteuergesetz
GehG	Gehaltsgesetz
i.V.m	In Verbindung mit
lit.	Litera, Buchstabe
Nr.	Nummer
SchOG	Schulorganisationsgesetz VBG
	Vertragsbedienstetengesetz
vgl.	vergleiche Z. Zahl,
Ziffer	

Wien, 27. September 2022 Für  
den Bundesminister:  
Mag. Martin Netzer, MBA

Elektronisch gefertigt



## A.12.2 Werkverträge

### A.12.2.1 Zur Abgrenzung Werkvertrag – Dienstverträge

Werkvertrag (§§ 1165ff ABGB)		Dienstvertrag (§§ 1153ff ABGB)	Freier Dienstvertrag (i.V.m. §§ 1153ff ABGB)
Zielschuldverhältnis		Dauerschuldverhältnis	
Werkunternehmer/in verpflichtet sich zur Herstellung eines bestimmten Erfolges		Dienstnehmer/in verpflichtet sich auf bestimmte oder unbestimmte Zeit zu Arbeitsleistungen	
Leistung, deren Erfolg nach eigenem Plan mit eigenen Mitteln zu bewerkstelligen ist		Leistung unter Leitung und Verfügung des Dienstgebers mit Betriebs- und Arbeitsmitteln des Dienstgebers	Leistung unter fremder Leitung und Verfügung des Dienstgebers, im Wesentlichen mit Betriebs- und Arbeitsmitteln des Dienstgebers; eigene Betriebs- und Arbeitsmittel können eingesetzt werden
Werkunternehmer/in ist in die Organisation des Auftraggebers nicht eingegliedert		Dienstnehmer/in ist in die Organisation des Dienstgebers eingegliedert	Dienstnehmer/in ist nicht in die Organisation des Dienstgebers eingegliedert

Auszug DFB ZFG

Werkvertrag (§§ 1165ff ABGB)	Dienstvertrag (§§ 1153ff ABGB)	Freier Dienstvertrag (i.V.m. §§ 1153ff ABGB)
Werkunternehmer/in ist wirtschaftlich unabhängig, selbstständig	Dienstnehmer/in befindet sich in persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Dienstgeber: Dienstnehmer/in unterliegt den Weisungen und der Kontrolle des Dienstgebers hinsichtlich Arbeitszeit, Arbeitsort und Verhalten bei der Arbeit	Dienstnehmer/in befindet sich nur eingeschränkt in persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Dienstgeber: Dienstnehmer/in unterliegt nicht den Weisungen und der Kontrolle des Dienstgebers hinsichtlich Arbeitszeit, Arbeitsort und Verhalten bei der Arbeit, kann den Arbeitsablauf selbst bestimmen
Werkunternehmer/in kann sich eventuell Erfüllungshilfe/innen bedienen	Dienstnehmer/in hat die Leistung selbst zu erbringen	Dienstnehmer/in kann sich in der Regel auch vertreten lassen
Haftung für Erfolg sowie Gewährleistung für mangelhafte Leistung	Haftung für Sorgfalt, nicht für Erfolg	
Werkentgelt ist erst nach ordnungsgemäßer Erfüllung und Abnahme der Leistung fällig (Teilabnahmen sind – sofern vereinbart – möglich)	Anspruch auf Entgelt bleibt für einige Zeit auch dann bestehen, wenn Dienstnehmer/in wegen Krankheit bzw. unverschuldeter Umstände die Leistung nicht erbringen kann (Entgeltfortzahlung)	Bestimmte arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen (z.B. bezahlter Mindesturlaub, Entgeltfortzahlung bei Krankheit usw.) gelten nicht
Verrechnung im Haushaltsverrechnungssystem in der Regel bei den Verrechnungskonten 7270.9*	Verrechnung im Haushaltsverrechnungssystem in der Regel bei den Verrechnungskonten 50*, 51* und 52*	Verrechnung im Haushaltsverrechnungssystem in der Regel bei den Verrechnungskonten 5710*